

Extrarunde für das Sportkonzept?

Einmal mehr springt die FBP mit einem politischen Vorstoss auf einen bereits fahrenden Zug auf. Ziel? Unbekannt. Der übertriebene Aktionismus beweist nur, dass um des Tuns willen getan wird.

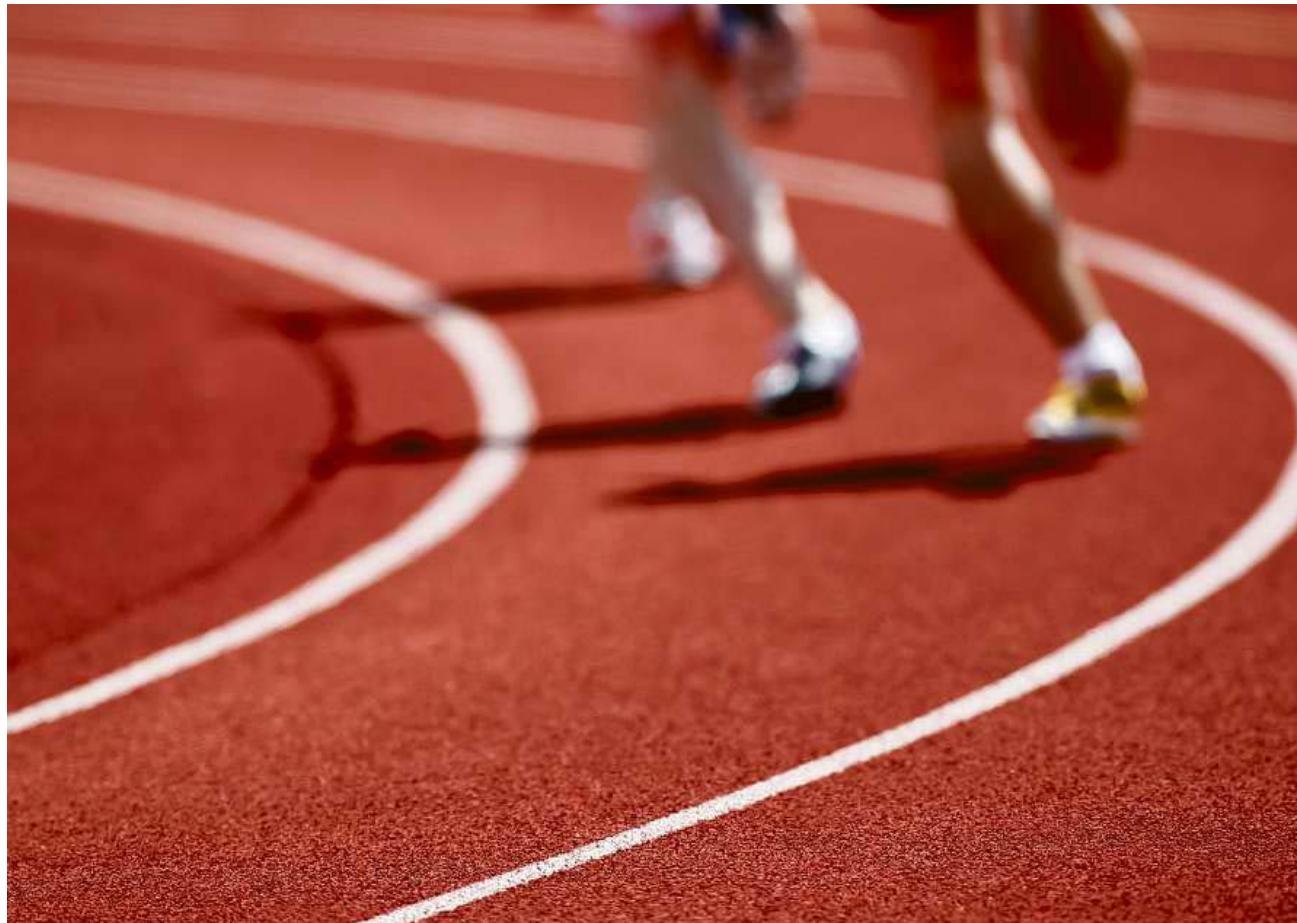


Desirée Vogt
Parteisekretärin

«Aktionismus ist ein nicht zielgerichteter, unüberlegter, übertriebener oder nicht angemessener Tätigkeitsdrang; es wird etwas gemacht, um nicht tatenlos zu erscheinen.» So erklärt die freie Enzyklopädie «Wikipedia», was unter Aktionismus zu verstehen ist. Und zeigt damit gut auf, worum es der FBP mit ihrem neuesten Postulat zum Sportstättenkonzept geht. Auslöser ist – und auch das weiss «Wikipedia» – die scheinbare Hilflosigkeit. Nämlich zusehen zu müssen, wie Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch bereits an der Lösung eines Problems arbeitet, das die FBP erst jetzt erkannt zu haben scheint.

Problem früh erkannt

Nachdem die Gemeindeprojekte rund um das 300-Jahre-Jubiläum gezeigt haben, dass es offenbar nicht mehr möglich scheint, Projekte umsetzen zu können, betonte Daniel Risch bereits Anfang Oktober des letzten Jahres, dass das Sportstättenkonzept optimiert werden muss. Dies im Rahmen der Landtagsdebatte über die Kletterhalle, in der Risch versprach: «Wir werden das Sportstättenkonzept und das Subventionsgesetz besser aufeinander abstimmen – egal wie diese Abstimmung ausgeht.» Wie befürchtet scheiterte das Projekt Kletterhalle letztlich ebenfalls an der erforderlichen breiten Trägerschaft von Land und aller elf Gemeinden und die Untauglichkeit



Der politische Vorstoss der FBP könnte dem Sportstättenkonzept eine «Extrarunde» bescheren.

Foto: iStock

des aktuellen Sportstättenkonzeptes war erwiesen, wie sich Mitiniant Thomas Rehak im März äusserte.

Verwunderliche Aussage

Das Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport hatte die Arbeiten zur Klärung der offenen Punkte bereits aufgenommen, als die FBP ihr Postulat zum Sportstättenkonzept ankündigte, schliesslich auch einreichte und damit offene Türen einrannte. Der Erklärungsversuch: Daniel Risch habe lediglich eine Absichtserklärung

abgegeben, die unverbindlich sei. Eine Wortwahl, über die sich der

«Postulat verzögert den laufenden Prozess»

Regierungschef-Stellvertreter wundert. Und die auch beweist, dass es mit dem Vertrauen der FBP in ihren Koalitionspartner nicht

zum Besten bestellt ist.

Wie verbindlich die damalige Aussage von Daniel Risch war, zeigt der Fakt, dass bereits am Vernehmlassungsbericht für die gesetzliche Verankerung gearbeitet wird und dieser vor der Sommerpause veröffentlicht werden soll. Nun hängt es vom Landtag ab, wie schnell an der verfahrenen Situation etwas geändert werden kann. Entscheidet er sich mehrheitlich dazu, das Postulat der FBP zu überweisen, würde dies den Gesetzgebungsprozess sicher nicht beschleunigen. ■



Günther Fritz
Parteipräsident

Kommentar

Einfach schnell einmal so «dahinbrösmelet»

In der Landtagsdebatte vom 23. Mai 2013 gehörte Thomas Rehak (DU) zu den schärfsten Gegnern des Swisscom-Deals. So sprach er sich gezielt gegen den Verkauf des Netzes an die Swisscom und für eine eigenständige Telekommunikation in Liechtenstein aus. Fünf Jahre später würde er nun Ja zum Swisscom-Deal sagen. Wie er vor zwei Wochen gegenüber Radio L erklärte, habe er sich damals nur unter der Bedingung für eine eigenständige Lösung ausgesprochen, dass die Netze von den LKW an die Telecom Liechtenstein zurückgegeben werden. Dies sei bis heute leider nicht geschehen. Der DU-Abgeordnete Thomas Rehak ist allerdings nicht sehr optimistisch, dass diese Bedingung noch erfüllt wird, nachdem er dies fünf Jahre lang vergeblich verlangt habe. Er gehe davon aus, dass man «weiterbrösmelet» wie bisher.

Anlässlich der Information der Regierung über die aktuelle Situation bei der Telecom Liechtenstein im März-Landtag wurden Thomas Rehak und seine DU-Kollegen «motiviert», noch während der Landtagsitzung das am 29. März eingereichte Postulat zur Prüfung der Telekommunikationsnetz-Strategie in Liechtenstein zu schreiben. Gegenüber Radio L sagte Thomas Rehak, dass die DU-Fraktion deshalb während der Landtagsitzung Zeit dazu gehabt hätte, weil sonst «nicht sehr viele sehr herausfordernde Themen» zu behandeln gewesen seien.

In dem in der letzten Landtags-session so nebenbei fabrizierten DU-Postulat tauchen nun aber Fragen auf, die zumindest für den Geist eines Telekommunikations-Laien herausfordernd sind. So heisst es beispielsweise in der Begründung: «Es ist allseits klar, dass kein direkter Zusammenhang zwischen den letzten Ausfällen und der Netzstrategie besteht.» Weshalb könnten nun aber Totalausfälle verhindert werden, wenn das einwandfrei funktionierende LKW-Netz, das nichts mit den Ausfällen der Telecom zu tun hat, der Telecom gehören würde?

Weiter soll gemäss DU-Postulat das Koaxnetz an einen Dritten verkauft werden, um die Abhängigkeit von einem einzigen Telekomnetz-Provider zu reduzieren. Gleichzeitig heisst es in der Begründung, dass das im Besitz der LKW befindliche Koaxnetz aufgrund des flächendeckenden Glasfasernetzes über kurz oder lang überflüssig werde und dessen Wert im Zeitablauf gegen null gehe. Sehr attraktiv für einen potenziellen Käufer des Koaxnetzes tönt dies jedenfalls nicht. Angesichts solcher Ungereimtheiten im DU-Postulat darf man sich fragen, wer hier einfach so «dahinbrösmelet». ■

Nachgefragt

«Sportstättenkonzept griffiger machen»

Herr Regierungschef-Stellvertreter, bereits im Oktober 2017 haben Sie angekündigt, das Sportstättenkonzept optimieren zu wollen. Warum gibt es überhaupt Nachbesserungsbedarf?

Daniel Risch: Das Kernproblem liegt darin, dass es in der aktuellen Situation nicht möglich scheint, ein Projekt derart breit abstützen zu können, dass das Land und alle Gemeinden zustimmen. Das haben die Kletterhalle, aber auch die Gemeindeprojekte rund um das 300-Jahre-Jubiläum gezeigt. Wir müssen das Sportstättenkonzept griffiger machen, indem der fehlende Finanzierungsschlüssel geregelt und eine gesetzliche Ver-

ankerung angestrebt wird. Dies alles mit dem Ziel, zukünftig Sportstätten von landesweitem Interesse einheitlich zu unterstützen und den Menschen in Liechtenstein zur Verfügung stellen zu können.

Nun hat die FBP ein Postulat zum Sportstättenkonzept eingereicht mit dem Hinweis, Sie hätten lediglich eine «Absichtserklärung» abgegeben, die unverbindlich sei. Eine Ohrfeige für Sie?

Ich habe mich über die Wortwahl unseres Koalitionspartners ein wenig gewundert, aber das läuft für mich unter «parteiliches Geplänkel». Die FBP weiss, dass

sie mit ihrem Postulat bei mir offene Türen einrennt.

Inwiefern kommen sich nun Ihr eigenes Vorhaben und der Vorstoss der FBP in die Quere? Wie geht's weiter?

Mein Ministerium erarbeitet derzeit einen Vernehmlassungsbericht, um die offenen Punkte zu klären und das Sportstättenkonzept gesetzlich zu verankern. Die Vernehmlassung soll noch vor der Sommerpause gestartet werden. Die FBP ist ebenfalls herzlich eingeladen, daran teilzunehmen. Die Überweisung des Postulats würde den laufenden Gesetzgebungsprozess wohl verzögern, was für niemanden zielführend wäre. ■



Sport- und Infrastrukturminister Daniel Risch.
Foto: Archiv